

Schlag gegen „technische Intelligenz“

Sowjetzonen-Wissenschaft in den Dienst des Ostblocks gestellt

Einschneidende Veränderungen werden sich demnächst in den Beziehungen zwischen SED und Technischer Intelligenz der Sowjetzone ergeben. Unter dem Begriff „Schaffung einer neuen Technik“ haben 750 technische, Staats- und Partei-Funktionäre in der vergangenen Woche auf einer „Wissenschaftlich-Technischen Konferenz“ entsprechenden Empfehlungen des SED-Zentralkomitees zugestimmt. Sinn der Konferenz war, die technisch-wissenschaftliche Intelligenz der Sowjetzone in den Dienst der Ostblock-Rüstung zu stellen, und zwar zu Bedingungen, wie sie in den übrigen volksdemokratischen Ländern üblich sind.

Die Teilnahme des 1. SED-Sekretärs Ulbricht und des tschechoslowakischen Bauministers Andel sollte der versöhnliche Abschluß einer Auseinandersetzung sein, die seit etwa drei Monaten zwischen verschiedenen Ostblockstaaten und der Sowjetzonenregierung geführt worden ist.

Bei Betrachtung der Zusammenhänge muß man davon ausgehen, daß die „Technische Intelligenz“ der Sowjetzone heute eine Bezahlung erhält, die weit über den finanziellen Möglichkeiten volkseigener Betriebe liegt. Als diese Betriebe noch ausschließlich vom Staat subventioniert wurden, machte es dem VEB nichts aus, einer benötigten Fachkraft einen Einzelvertrag mit 4000 DM Monatsgehalt zu geben. Dazu kam das Bestreben der SED, nach einer um sich greifenden Zonenflucht die dringend erforderliche Technische Intelligenz durch materielle Versprechungen im Lande zu behalten.

28 Prozent der Lohnsumme

Das hat dazu geführt, daß in verschiedenen Spezialbetrieben bis zu 28 Prozent der Gesamtlohnsumme für die Inhaber von „Einzelverträgen“ ausgegeben worden sind! Volkseigene Unternehmen kauften sich gegenseitig Ingenieure weg, indem sie die Gehälter überboten.

Als der Staat Ende vergangenen Jahres plötzlich über-

raschend seine Subventionen kündigte, standen diese Betriebe vor dem Dilemma: Wo einsparen? An die „Intelligenz-Verträge“ wagte man sich nicht heran. Ergo senkte man die Löhne, indem man zu radikaler Normenerhöhung schritt.

„Wachstumsschwierigkeiten“

Die SED nennt das, was somit eingetreten ist, schlicht „Wachstumsschwierigkeiten“. Wer sich jedoch mit dieser Definition nicht begnügt, sind die an der Sowjetzonenwirtschaft interessierten Volksdemokratien.

Unmittelbar nach der Warschauer Konferenz übernahmen tschechische und polnische Gremien zusammen mit staatlichen Stellen der Sowjetzone die Kontrolle der ostdeutschen Schwerindustrie. Das erste, woran sie sich stießen, waren Stellung und Bezahlung der technischen Intelligenz. Denn obwohl der „Spez“, der technische Spezialist, in allen Oststaaten zu den bestbezahltesten Leuten gehört, war hier eine zu offensichtliche Überschätzung der finanziellen Kapazität gegeben. Ihre Bedenken brachten die polnisch-tschechischen Inspektoren auf einer Konferenz vor, die Ende April im SED-Zentralkomitee stattgefunden hat. Man beschloß, auf einer schnellstens einzuberufenden „Wissenschaftlich-technischen Konferenz“ die Dinge neu zu ordnen.

Diese Konferenz hat jetzt, vom 6. bis 8. Juli, stattgefunden.

Was hier angeschnitten wird, wurde dort von einem Dutzend wissenschaftlicher Fachreferate ertränkt. Aber 750 Delegierte haben einem Passus zugestimmt, der nicht nur die lukrativen „Einzelverträge“ vieler Sowjetzonen-Wissenschaftler bedroht: „Die Schaffung einer neuen Technik erfordert gleichzeitig die reale Bewertung wissenschaftlich-technischer Arbeit im Rahmen der Produktivität unserer Volkswirtschaft...“ — Doch, geht es nur ums Geld?

An den Ostblock verkauft

Ulbricht überbrachte der Konferenz eine „Empfehlung“ des Zentralkomitees, die die „Ausarbeitung von Perspektivplänen in Koordination mit den befreundeten Staaten“ befiehlt. Das heißt: Alle Forschungszentren und Entwicklungsabteilungen der Sowjetzonenindustrie werden ihre Arbeit den „befreundeten“ Oststaaten nutzbar machen, ohne dafür eine Gegenleistung zu empfangen.

Die Hintergründe

Das ist der zweite und vielleicht schwerste Schlag gegen die sowjetzonale „Technische Intelligenz“. Die Ostblockstaaten wollen, wenn sie schon nicht die erhoffte wirtschaftliche Ausbeutung der Sowjetzone vornehmen können, wenigstens deren Hirne nutzen. Und jeder Ingenieur oder Forscher, der seine Arbeit künftig dem „Staatlichen Zentralamt für Forschung und Technik“ übergibt, darf gewiß sein, daß selbst eine zum Nutzen friedlicher Entwicklung getane Arbeit noch Verwendung in der Ostblockrüstung finden wird. Das — und nichts anderes — sind die Hintergründe einer in „streng wissenschaftlichem Rahmen“ durchgeführten Ostberliner Konferenz.

Der Anfang ist schwer

WG. Für eine demokratische Regierung gibt es zwei wichtige Aufgaben, bei deren Erfüllung die gute Zusammenarbeit mit der Opposition von ihr gesucht und von der Opposition auch gewährt werden sollte. Das eine ist die Außenpolitik, die Einordnung des eigenen Landes in die internationale Politik. Das andere ist die Wehrpolitik, die vorbeugende, defensive Sicherung des Landes gegen äußere Gefahr. In beiden Fällen ist der Staat als Ganzes mit allen seinen Interessen und der Gesamtheit seiner Staatsbürger engagiert, was auf der Kernseite eine möglichst weitgehende Übereinstimmung aller Faktoren der Politik zur Voraussetzung haben sollte.

Es ist eine wirkliche Tragödie, daß in der Bundesrepublik der Kampf zwischen Regierung und Opposition am härtesten gerade um diese beiden Aufgaben geführt wird, die in glücklicheren Ländern am wenigsten umstritten sind. Nicht zuletzt ist es hier begründet, daß auch der Anfang einer neuen deutschen Wehrpolitik so schwer ist.

Traditionelle Belastung

Die Einstellung der SPD zur Wehrpolitik war — ob sie selbst regierte oder in Opposition stand — auch früher uneinheitlich. Eine Schweizer Zeitung hat jüngst auf diese traditionelle Belastung der großen Partei hingewiesen. Die SPD sollte diese Kritik nicht überhören. Wir stellen gerne fest, daß die sozialdemokratische Haltung nicht einfach schuldhaft ist. In höherem Sinne ist sie das Produkt der politisch unglücklichen Vergangenheit Deutschlands. In ihrer aktuellen Substanz enthält sie jedoch noch etwas anderes: sie ist nämlich auch die Fortsetzung des sozialdemokratischen Kampfes gegen die Außenpolitik der Bundesregierung mit den gerade verfügbaren wehrpolitischen Mitteln. Darin liegt das Bedenkliche und Gefährliche.

Es wäre nämlich an der Zeit, daß die SPD bei aller Reserve gegenüber der deutschen Außen-

politik ihre teils aus traditioneller Abneigung und teils aus Mißtrauen gemischte Haltung in der Wehrpolitik durch eine möglichst geschlossene Mitarbeit überwindet.

Ein Akt der Verständigung?

Bei der parlamentarischen Behandlung des Freiwilligen-Gesetzes, um das der Streit zuletzt ging, kam es darauf an, einerseits jede Verzögerung zu vermeiden und also das Gesetz noch vor den Parlamentsferien zu verabschieden, und andererseits so zu verfahren, daß die Mitwirkung der SPD gesichert wurde. Zur fristgerechten Erledigung des Gesetzes sind die Koalitionsparteien weiterhin entschlossen und werden sich hoffentlich von diesem Entschluß nicht abbringen lassen.

Selbstverständlich sollte und mußte bei der parlamentarischen Erledigung des Freiwilligen-Gesetzes alles sachlich Mögliche geschehen, um die Mitwirkung der SPD sicherzustellen. Das von der Bundesregierung vorgelegte und gegen manche Änderungsvorschläge des Bundesrates aufrechterhaltene kurze Gesetz fand nicht nur die Gegnerschaft der SPD, sondern auch eine lebhafte Kritik der Koalitionsparteien selbst. Es hat infolgedessen im Sicherheitsausschuß des Bundestages Änderungen und Ergänzungen erfahren, mit denen auch wesentliche Forderungen der SPD erfüllt worden sind.

Besondere Schwierigkeiten bestanden hinsichtlich des „Personalgutachterausschusses“. Unter diesem langen Namen soll ein Ausschuß gebildet werden, dessen Aufgabe es sein wird, die zur Wiedereinstellung vorgesehenen Offiziere, vom Oberst aufwärts, auf ihre persönliche Eignung zu überprüfen. An der Wiege des Ausschusses steht also ein auf schlechten Erfahrungen der Vergangenheit beruhendes Mißtrauen, das mit der SPD auch weite Kreise der Koalitionsparteien teilen. Die Forderung der SPD und anderer, daß dieser Ausschuß nicht durch einen Regierungsakt berufen, sondern gesetzlich „verankert“ werden sollte, wird erfüllt werden. Als das bereits feststand, ist die SPD noch einen Schritt weitergegangen und hat die

„Verankerung“ des Ausschusses und seiner Befugnisse in einem besonderen Gesetz verlangt, dem sie ihre Zustimmung geben wolle. Auch dieser Wunsch wird erfüllt werden. Hier bahnt sich vielleicht eine in die Zukunft wirkende Verständigung an. Sie wird zwar kaum die Zustimmung der SPD zu dem Freiwilligen-Gesetz einschließen, das sie als eine Folge der von ihr bekämpften Außenpolitik betrachtet, aber wenigstens ihre weitere Mitarbeit an dem Aufbau der Bundeswehr.

Es gibt auch Bedenken

Einer Mitwirkung des Bundestages bei der Berufung des Personalausschusses und bei den Personalfragen der Bundeswehr überhaupt stehen allerdings auch Bedenken entgegen. Es handelt sich hier im Grunde um eine Mitwirkung des Parlaments an den Aufgaben der Exekutive, die der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung widerspricht. Deshalb ist es notwendig, diese Mitwirkung sachlich streng zu begrenzen und zeitlich auf die erste Phase des Aufbaues der Bundeswehr zu beschränken.

Solche Einwirkungen des Parlaments auf die Aufgaben der Verwaltung oder der Rechtsprechung waren noch nie gut. Wir brauchen nur an das Bundesverfassungsgericht zu denken, das infolge der Ernennung eines Teiles seiner Mitglieder durch das Parlament während des Streites um die Verfassungsmäßigkeit der EVG-Verträge hart an den Rand der Diskreditierung gebracht worden ist. Man sprach damals von einem „roten“ und einem „schwarzen“ Senat, je nach der Parteizugehörigkeit oder der politischen Tendenz seiner vom Parlament bestimmten Mitglieder. In Erinnerung an diesen Fall wurde bereits davon gesprochen, daß wir demnächst auch „rote“ und „schwarze“ Generale unterscheiden müßten — je nach den Mehrheiten und Sympathien, mit denen sie die Genehmigung ihrer Ernennung vom Personalausschuß oder gar vom Parlament erhalten haben. Man sollte also den gegenüber dem Bundesverfassungsgericht begangenen Fehler möglichst gegenüber der Bundeswehr nicht wiederholen.

Klärung im Streit um die Wehrgesetze

Das Freiwilligengesetz ist gesichert — Einigung mit der SPD über Personalaussschuß

Bonn (DPA). Der Sicherheitsausschuß des Bundestages beendete die erste Lesung des Freiwilligen-Gesetzes. Er beschloß dabei, über den Personalaussschuß, der nach dem letzten Stand der Dinge im Freiwilligen-Gesetz festgelegt werden sollte, ein besonderes Gesetz einzubringen. Es handelt sich dabei um einen Initiativ-Entwurf, der die Unterschriften aller Fraktionen einschließlich der SPD mit Ausnahme der DP tragen wird. In dem Entwurf ist vorgesehen, daß die Mitglieder des Personalaussschusses von der Bundesregierung vorgeschlagen, vom Bundestag bestätigt und vom Bundespräsidenten ernannt werden.

Aufgabe des Ausschusses ist es, alle Bewerber vom Obersten aufwärts zu begutachten. Unter den ersten 6000 Freiwilligen sollen voraussichtlich 24 Generale und etwa 275 Obersten eingestellt werden. Für die Annahme aller übrigen Dienstgrade soll der Personalaussschuß Richtlinien vorschlagen.

Es wird damit gerechnet, daß die Kommission, der etwa 30 bis 40 Mitglieder angehören sollen, sich wegen der großen Zahl der Bewerber in zwei Unterausschüsse gliedern wird. Dabei soll der Ausschuß auch selbst bestimmen, mit welcher Mehrheit er über die Annahme eines Bewerbers entscheiden will. Unter den Mitgliedern sollen auf Antrag der SPD auch zwei Frauen sein.

Wer nicht die Zustimmung des Personalaussschusses erhält, darf vom Bundesverteidigungsministerium weder verwendet noch eingestellt werden. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der Ausschuß bereits Anfang August seine Arbeit aufnehmen kann.

Wie nach Abschluß der Beratungen im Sicherheitsausschuß bekannt wird, ist durch die sachlich und gründlich von Koalition und Opposition geführten Debatten eine Atmosphäre geschaffen worden, die

ein günstigeres Klima für die weitere Beratung der anderen Wehrgesetze erwarten lasse.

Kündigung nicht erlaubt

In der jetzt vorliegenden Fassung des Freiwilligengesetzes sind mehrere Anträge der Opposition und Anregungen des Landes Nordrhein-Westfalen berücksichtigt worden. Die freiwilligen Soldaten werden da-

nach nicht als „Beamte auf Probe“ eingestellt. Sie stehen im Dienst- und Treueverhältnis zum Bund, auf die Vorschriften für Beamte auf Probe entsprechend angewandt werden. Ein Dienstleid wird nicht geleistet, sondern eine schriftliche Verpflichtung, das Grundgesetz zu wahren und die Dienstpflichten gewissenhaft zu erfüllen. Die ersten vier Monate gelten als Eignungsübung. Während dieser Zeit darf der bisherige Arbeitgeber dem Freiwilligen nicht kündigen.

Die Besoldung des Freiwilligen soll die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung festlegen. Eine Angleichung an die Bezüge des Bundesgrenzschutzes lehnte der Ausschuß als „zuwenig attraktiv“ ab.

Laßt Straßenbahnen durchfahren!

Neue Westberliner Vorschläge zur Wiederherstellung der technischen Einheit der Stadt

Berlin (Eigenmeldung). Westberliner Verwaltungsdienststellen haben zur Frage der Wiederherstellung der technischen Einheit der Stadt gegenüber den Ostberliner Dienststellen erneut die Initiative ergriffen und als Auftakt einen durchgehenden Verkehr von drei Straßenbahnlinien vorgeschlagen.

Verkehrssenator Theuner erklärte dem TAG: „Wir wünschen, daß der Ost-West-Verkehr wieder fließend wird und das lästige Umsteigen endlich fortfällt.“

Die Ostberliner Verwaltung hatte noch vor kurzem wieder verlangt, daß Verhandlungen über die Beseitigung der Aus-

wüchse der Spaltung Berlins unmittelbar zwischen Vertretern des Magistrats von Ostberlin und der Westberliner Verwaltung geführt werden.

Der Straßenbahnverkehr war Anfang 1951 unterbrochen worden. Die Umstellung hatte die BVG mehrere hunderttausend D-Mark gekostet, weil nunmehr an den Sektorengrenzen über ein Dutzend Weichen gebaut werden mußten. Auch die Ost-BVG hatte auf ihrer Seite die erforderlichen Weichensysteme herstellen müssen. Die Schienenstränge sind jedoch bis auf wenige Meter nicht entfernt worden. Nach Ansicht von Sachverständigen wäre daher der Durchgangsverkehr innerhalb einer Nacht zu verwirklichen. Die erforderlichen Triebwagen und Anhänger stehen auf Westberliner Seite bereit, um notfalls auch der Ost-BVG auszuweichen zu können.

Neuer Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit

Nürnberg (AP/DPA). Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet ist auch im Juni erheblich zurückgegangen, und zwar um 80 605 auf 650 499. Nach Mitteilung der Bundesanstalt in Nürnberg liegt die Zahl um rund 357 200 niedriger als vor einem Jahr und um rund 170 400 unter dem im Oktober 1954 erreichten

bisherigen Tiefpunkt seit der Währungsreform.

Von den im Bundesgebiet am 30. Juni noch Arbeitslosen waren 336 681 Frauen und 313 818 Männer. Damit ist erstmals seit der Währungsreform die Zahl der arbeitslosen Männer niedriger als die der weiblichen,

Heuss 50 Jahre Doktor

München (AP). Bundespräsident Heuss feierte am Sonnabend in der Münchener Universität die fünfzigste Wiederkehr des Tages seines Doktor-examens.

Edens drei Punkte für Genf

Deutsche Einheit am wichtigsten — Rückversicherung für Moskau

London (AP/DPA). Der britische Premierminister Eden hat drei Grundsätze für die Verhandlungen in Genf aufgestellt, von denen Großbritannien sich nichts abhandeln lassen wird:

1. Keine Aufgabe des NATO-Paktes und keine Trennung von den USA,
 2. Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen und
 3. Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung.
- Unter Wahrung dieser Grundsätze sei Großbritannien bereit, mit der Sowjetunion über eine Verständigung zu verhandeln und Sicherungen dafür anzubieten, daß ein mit dem Westen verbundenes wiedervereinigtes Deutschland keine Gefahr für die Sowjetunion wird.

Eden hob wiederholt hervor, daß die deutsche Frage das wichtigste Problem ist, da es ohne die Wiedervereinigung Deutschlands weder Sicherheit noch Frieden geben werde.

Wörtlich erklärte Eden: „Das Problem Europa ist das Problem Deutschland. So lange Deutschland geteilt ist, wird Europa geteilt bleiben... Was können wir tun, um Deutschland wieder zu vereinen? Es müßten im ganzen Land freie Wahlen stattfinden. Das habe ich auch in Berlin vorgeschlagen. Wenn die Wahlen vorüber sind, wird es an dem wiedervereinigten Deutschland sein, über seine Zukunft selbst zu entscheiden. Es ist nur natürlich, daß viele Leute in Europa das Gefühl haben, dies berge ein Risiko in sich. Das stimmt natürlich, und die Deutschen verstehen dies. Bei der Lösung

dieser Frage bestehen für alle Risiken. Wir müssen sie aber trotzdem lösen, denn es wird in Europa weder Sicherheit noch Frieden geben, solange wir das nicht tun.“

Der britische Premier sagte, er halte es für wahrscheinlich, daß ein freies, wiedervereinigtes Deutschland sich dem Westen anschließen werde. „Es ist möglich, daß die Russen darin eine Gefährdung ihrer Sicherheit sehen. Wir sind aber bereit — und ich glaube, die anderen westlichen Länder einschließlich Deutschland sind es auch —, jeder vernünftigen Regelung zuzustimmen, die der Sowjetunion in diesem Punkt eine Rückversicherung gibt.“

Eden wies dann auf die Beschränkungen hin, die Großbritannien und die Bundes-

regierung bereits übernommen haben. Er nannte die freiwillige Begrenzung der Rüstung, die freiwillige Übernahme eines Systems der Kontrolle und der Überwachung und die in Arbeit befindlichen Pläne für eine Rüstungsgemeinschaft und „andere Abmachungen dieser Art“. „Es gibt keinen Grund, diese Regelungen nicht in irgendeiner Form vom Westen auf den Osten auszuweiten. Möglicherweise können auch andere Pläne ausgearbeitet werden, um Sicherheit zu schaffen.“ Aber das lasse man vielleicht besser für Genf.

Adenauer dankt

Bonn (DPA). Bundeskanzler Adenauer hat Premierminister Eden telegrafisch zu den Ausführungen beglückwünscht, die dieser zur Deutschlandfrage gemacht hat.

Der Bundeskanzler dankte dabei besonders herzlich für die Erklärung des Premierministers, daß das europäische Problem nicht ohne die deutsche Wiedervereinigungsfrage gelöst werden könne und daß diese daher Vorrang bei den kommenden Viermächte-Besprechungen in Genf haben müsse. „Sie wissen, wie sehr sich diese Auffassung in Einklang mit meiner Politik und unserer öffentlichen Meinung befindet.“

Große Freude in Tunesien

Paris gewährt mehr Selbstverwaltung

Paris (AP/DPA). Die französische Nationalversammlung hat das französisch-tunesische Abkommen mit überraschend großer Mehrheit — 540 : 43 Stimmen — angenommen. Das neue Abkommen gewährt dem nordafrikanischen Protektorat Tunesien ein großes Maß von Selbstverwaltung.

Jedoch bleiben in französi-

schen Händen weiterhin die außenpolitische Vertretung Tunesiens, die Militärgewalt, die Währung und das Zollwesen.

In Tunesien hat die Nachricht von der Entscheidung der französischen Nationalversammlung große Freude ausgelöst. Die französische Regierung hofft, daß jetzt die zahlreichen Terrorakte in Tunesien aufhören.

85 Legionäre geflohen

Port Said (AP). Im Suezkanal sind wieder zahlreiche Fremdenlegionäre von Bord eines Truppentransporters in das Meer gesprungen und haben sich den ägyptischen Behörden gestellt. Diesmal waren es 85 Legionäre, darunter 60 Deutsche und zehn Österreicher, die von dem norwegischen Schiff „Skau-gum“ sprangen.

Erst vor elf Tagen waren 67 Legionäre von der italienischen „Flaminia“ entkommen.

Aufstandsversuche in China

Hongkong (DPA). In der Provinz Hunan (Südchina) wurden im Laufe der letzten Monate zwei Aufstandsversuche unterdrückt. Der 17. März und der 9. April werden von kommunistischer Seite als Daten der gescheiterten Revolten bezeichnet.

Brentano zum Osthandel

Frankfurt (DPA). Außenminister Dr. von Brentano hat über den Rundfunk zu Forderungen der Wirtschaft nach einem Ausbau des Osthandels Stellung genommen. Er sagte, das Handelsvolumen mit dem Osten würde auch dann nicht beträchtlich erhöht werden können, wenn die jetzt für die Ausfuhr nach dem Osten gesperrten Güter in den Osthandel einge-

schaltet werden könnten. Eine Ausweitung des Handels mit den Ostblockstaaten würde nach Lage der Dinge heute nur auf Kosten der Handelsbeziehungen mit anderen Ländern gehen, z. B. mit den südamerikanischen. Außenminister von Brentano wies darauf hin, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ostblockstaaten stark begrenzt sei.

Tor zur Sowjetzone fast verschlossen

Ein unwürdiges Schauspiel in den Ostberliner Passierscheinstellen

Zehntausende von Westberlinern erleben seit Wochen ein unwürdiges Schauspiel, in dem sie zu Marionetten gemacht werden, die nach der kommunistischen Pfeife tanzen müssen. Schließlich: die Berliner haben nun einmal sehr enge Verbindungen zu den Menschen in der Zone, sei es durch Verwandtschaft oder Bekanntschaft, und besonders während der Ferienzeiten drängt es sie natürlich zu einem Besuch. Keineswegs lokken drüben „Fleischtopfe“ oder ein billigeres Leben unter Ausnutzung des Währungsgefälles. Aber die menschlichen Bindungen sind nun einmal stärker.

Anfahrt schon in der Nacht

Sie sind sogar so kräftig und trotz der jahrelangen Schikanen fest geblieben, daß viele Westberliner nicht davor zurückschrecken, auf den Ausgabestellen in Ostberlin wie Herdentiere behandelt zu werden. Mit den letzten S-Bahn-Zügen fahren sie hinüber, ob es regnet oder stürmt. Und dann stehen sie stundenlang und warten, warten... Andere benutzen die ersten S-Bahn-Züge bis zum Alexanderplatz und stürzen sich dort auf den O-Bus in Richtung Danziger Straße (zur Zeit Dimitroffstraße genannt). Die Schaffner wissen schon, daß sie fast ausschließlich Westberliner Fahrgäste haben. Von der Haltestelle des O-Bus aus beginnt dann ein Wettrennen quer durch die Straßen bis zum Arnberger Platz, weil jeder der erste an den Türen sein möchte. Dort aber steht bereits die „Nachtschicht“. Gegen 6 Uhr sind die Schlangen auf 500 bis 800 Menschen angewachsen. Die einen warten darauf, daß sie ihre Anträge ausfüllen können, die anderen sind gespannt, ob ihre Anträge bewilligt worden sind.

Bis der Urlaub vorbei ist

Tag für Tag wurden die Schikanen systematisch verschärft. Viele Westberliner sind schon sechs- bis siebenmal zurückgeschickt worden, weil es immer neue Fragen zu beantworten galt. Für manche war inzwischen der Urlaub vorbei, An-

Berlin (Eigenbericht). Das drohende Ernährungs-Chaos in der Zone wirft seine Schatten auf die Ostberliner Ausgabestellen für Passierscheine. Was den Westberlinern hier jetzt zugemutet wird, spottet jeder Beschreibung. In dieser Woche ist auf Anweisung des sowjetzonalen Innenministeriums die tägliche Quote für zu bewilligende Anträge erneut herabgesetzt worden.

dere kommen mit beglaubigten Telegrammen, in Trauerkleidung, offensichtlich unter dem Eindruck eines schweren menschlichen Verlustes — aber: Wenn der Angehörige in der Zone bereits verstorben ist, dann können sie — sagen die kommunistischen Dienststellen sarkastisch — doch nichts mehr ändern. Es genüge doch, wenn sie später einmal einen Kranz auf das Grab legen. Bei lebensgefährlichen Erkrankungen scheint man sich zu bemühen — aber der Schein trügt. Auch in diesen Fällen wird der Passierschein meist abgelehnt. Nicht einmal Kleinkinder, die bestimmt keine großen Esser sind, dürfen von den Großeltern, Tanten oder Onkels aus Westberlin abgeholt werden.

Ein Zimmer für Hunderte

Erschütternde Szenen spielen sich in dem einen Zimmer ab, wo sage und schreibe eine einzige Bürokratie mit der Bearbeitung der Anträge beschäftigt ist. Rein willkürlich wird dann an verschiedenen Tagen „für den Publikumsverkehr geschlossen“. Dann wieder schickt man hartnäckige Bewerber zu einer anderen Dienststelle, wo das gleiche „Affentheater“ von neuem beginnt.

Die Organisation ist typisch kommunistisch: gelegentlich geraten die Schlangen völlig durcheinander. Dann setzt ein Kampf um die Wiederherstellung der Ordnung mit den alten, seit Stunden verteidigten Warteplätzen ein. Und viele, besonders Frauen oder ältere

Personen, kommen nach einer solchen Tortur völlig zerschlagen und über die Ablehnung bitter enttäuscht nach Westberlin zurück.

Auf den Tischen der „Ausgabe“-Stellen aber liegen kommunistische Flugblätter mit Überschrift „Jetzt Verständigung in Berlin“. Es ist wohl kaum ein Trost für die Westberliner, daß es auch den Bewohnern der Zone bei den Dienststellen der Volkspolizei ähnlich ergeht, wenn sie die Genehmigung für eine Reise nach dem Bundesgebiet beantragen. Man verweigert sie jetzt meistens aus „Sicherheitsgründen“. (Denn in Westdeutschland herrscht natürlich eine „Typhus-Epidemie“ und ein „völliges Verkehrs-Chaos“.)

Zeugen unerwünscht

Den Westberlinern hat man jedenfalls die im vergangenen Jahr etwas weiter geöffnete Tür zur Zone jetzt nahezu verschlossen. Die kommunistischen Machthaber wünschen keine Zeugen für die durch sie verschuldeten Versorgungsschwierigkeiten. Wenn ausnahmsweise Passierscheine ausgestellt werden, lagen vielfach Bescheinigungen örtlicher Behörden oder Organisationen vor, daß das Reiseziel ein ausgesprochener ländlicher Bezirk und die Verpflegung des Besuchers gesichert sei.

Parkman verläßt Berlin

Berlin (DPA/AP). Der stellvertretende amerikanische Oberkommissar für Berlin, Henry Parkman, hat seinen Rücktritt erklärt und wird seine Tätigkeit am 1. September beenden.

Parkman war von 1946 bis 1948 Berater des US-Militär-gouverneurs in Deutschland, General Clay. Danach nahm er seine Rechtsanwaltschaftigkeit in Boston wieder auf. Im November 1953 ernannte ihn die amerikanische Regierung zum stellvertretenden Oberkommissar in Deutschland und damit zum Mitarbeiter Botschafter Dr. Conants.

SED verschweigt Jugendkriminalität

Verbrechen werden vor der Öffentlichkeit geheimgehalten

Im „Ochsenkopf“, dem alten Gefängnisbau in Berlin-Rummelsburg, sitzen seit nunmehr zwei Monaten Jugendliche und warten auf ihre Aburteilung. Die Öffentlichkeit hat weder von ihrer Existenz noch dem von ihnen ausgeführten grausamen Verbrechen erfahren: Diese jugendlichen Mitglieder einer Ostberliner Gangsterbande haben einen des Verrats verdächtigen „Kameraden“ zum Tode durch Bauchaufschlitzen verurteilt und dann — unter Zubilligung „mildernder Umstände“ — in einer Laubenkolonie erhängt. Warum wurde dieser Fall verschwiegen?

Das absonderliche Verhalten der Sowjetzonenjustiz erklärt sich, wenn man erfährt, daß die Kurve der schweren Verbrechen unter Jugendlichen im Osten seit Frühjahr 1954 ununterbrochen im Ansteigen ist. Allein in Ostberlin sind in diesem Zeitraum mehr als zehn schwere Kapitalverbrechen geschehen, die von der Polizei verheimlicht werden.

Die SED hat versucht, von dieser Tatsache durch sensationelle Berichterstattung über ähnliche Fälle im Westen abzulenken. Und man darf annehmen, daß der kürzlich in Ostberlin groß propagierte „öffentliche Prozeß gegen Schmutz-

und Schundliteratur“ keine edleren Motive hatte.

Grund: Militarisierung?

Sowjetzonale Kriminalisten führen die steigende Zahl von Jugendverbrechen auf die allgemeine Militarisierung zurück. Sechzehnjährige werden bereits in der GST in „Verteidigungsarten“ geschult, die nichts anderes als eine brutale Art der Nahkampfausbildung sind. Zwei jugendliche Mörder erklärten vor Gericht: „Wir haben die Alte bloß so gefesselt, wie wir es bei einer Übung mal gelernt haben!“ Ein anderer jugendlicher Einbrecher war der festen Meinung, ihm könne gar nichts passieren, weil er den Ver-

pflichtungsschein zur KVP bereits in der Tasche hatte.

Erschreckend ist gerade in Ostberlin und den Randgebieten der Hang zur Bandenbildung. Den in FDJ und militanten Organisationen ausgeübten Druck versuchen die Jugendlichen auf mitunter seltsamste Art abzureagieren. Der „Halbstarke“ als „FDJ-Funktionär außer Dienst“ ist keine Seltenheit. Gerichtsverhandlungen über derartige Jugendverbrechen werden darum fast immer unter Ausschuß der Öffentlichkeit durchgeführt.

Illegale werden ausgeflogen

Berlin (DPA). Sozialsenator Kreil hat erklärt, daß Westberlin bald von den Sowjetzonenflüchtlings entlastet sein werde, die bisher als „illegale“ nicht in die Bundesrepublik geflogen werden konnten. Nachdem Finanzminister Schäffer erneut rund 69 Millionen DM zur Finanzierung des Flüchtlingswohnungsbaus bewilligt habe, könnten die Bundesländer ihre Zusage, nichtregistrierte Flüchtlinge aus Berlin aufzunehmen, erfüllen.

Kreil sagte weiter, daß der zusätzliche Abtransport von 6000 Ostflüchtlings mit ihren Familienangehörigen, insgesamt 10 000 bis 12 000 Menschen, vorgesehen sei. Diese Flüchtlinge sollen möglicherweise erneut Notaufnahmeverfahren durchlaufen und aus Ermessensgründen anerkannt werden.

Pearson nach Moskau

Ottawa (DPA). Der kanadische Außenminister Pearson ist von Sowjetaußenminister Molotow nach Moskau eingeladen worden.

Nach dem Osten deportiert

Transport von 300 Gefangenen verließ die Sowjetzone

Berlin (Eigenmeldung). Ein Transport von rund 300 Gefangenen hat dieser Tage die sowjetische Zone in Richtung Sowjetunion verlassen, wie verlautete aus Kreisen der Reichsbahndirektion Frankfurt/Oder. Unter den zu langjährigen Zuchthausstrafen Verurteilten sollen sich neben Angehörigen der Besatzungsmacht auch mehrere im Laufe des letzten halben Jahres von Sowjetgerichten verurteilte Deutsche befinden.

Wieder Quadriga?

Berlin (Eigenmeldung). Die schon vor einem Jahr von der Bauabteilung der Ostberliner Stadtverwaltung geplante Wiederaufstellung der Quadriga auf dem Brandenburger Tor ist nach Andeutungen des Ostberliner Architekten Prof. Henselmann erneut zum Gesprächsthema geworden. Grundsätzlich sei man in Ostberlin bereit, die

bisher mit Scheinwerfern angestrahlte rote Fahne herabzunehmen, wenn die Quadriga nach dem in Westberlin vorhandenen Gipsabdruck neu gegossen werden kann. Da es sich um einen überdimensionalen Guß handeln würde, müßte der Auftrag auch an eine Westberliner Gießerei vergeben werden.

EKD will Vorstellungen erheben

Berlin (Eigenmeldung). Die kirchliche Ostkonferenz der Evangelischen Kirche, die unter Vorsitz von Bischof Dibelius in Berlin tagte, hat sich mit der Lage in den östlichen Gliedkirchen der EKD befaßt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Sicherung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, insbesondere auf dem Gebiet der Schule und der religiösen Anweisung der Jugend.

Es wurde beschlossen, wie die

Evangelische Kirchenkanzlei mitteilte, ein Wort an die Gemeinden zu richten und bei der Pankower Regierung „Vorstellungen zu erheben“.

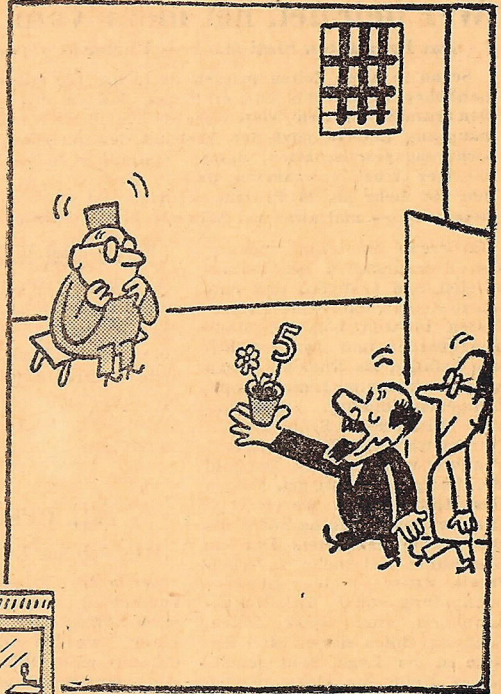
Termin für Katholikentag

Köln (AP). Als endgültiger Termin für den im nächsten Jahr in Köln stattfindenden 77. Deutschen Katholikentag ist die Zeit vom 26. August bis 2. September festgelegt worden.

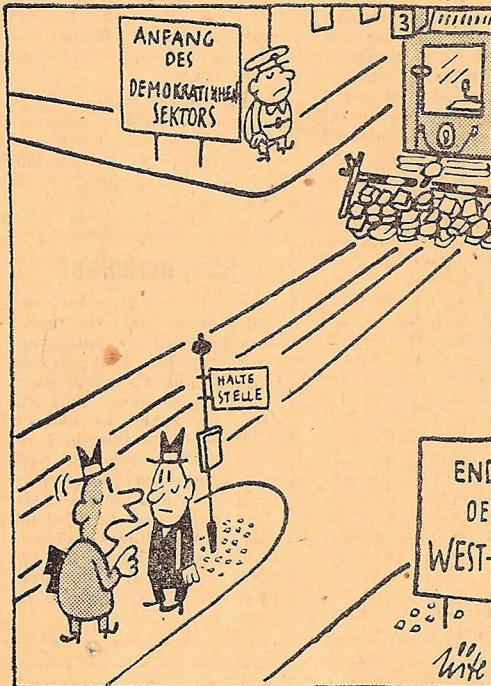
„Nationalist“ Karl May

„Warum gibt es keine Karl-May-Bücher? Diese Frage wird immer wieder von jungen Lesern aus der Jugendorganisation der Thälmann-Pioniere gestellt“, meint das SED-Organ „Sächsische Zeitung“ und beantwortet dann diese Frage mit dem Hinweis, Karl May sei „eingefleischter Nationalist“ gewesen. „Die Heldentaten, die in seinen Büchern vorkommen, werden fast ausschließlich von deutschen Jägern, Trappern, Fallenstellern usw. begangen. Wie sollen bei solcher Meinung Gedanken der Völkerfreundschaft und des Friedens — des Weltfriedens — gedeihen und lebendig werden?“

Wenige Kilometer vom Verlagshaus „Dresdner Zeitung“ entfernt liegt das Karl-May-Museum in Radebeul. Wie groß muß die Angst vor des seligen Old Shatterhands „Nationalismus“ sein, wenn man sich nicht einmal in die Straßenbahn setzt, um im Hause des sächsischen Schriftstellers zwischen den Weinbergen der Löbnitz etwas von der grenzenlosen Weite einer blühenden Phantasie zu



„Zum 5. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über die Oder-Neiße-Grenze, Genosse Derlinger!“



„Wenn die da drüben richtige Berliner sind, bringen sie den Antwortbrief gleich mit der Straßenbahn!“

spüren, die viele Generationen verzaubert hat?

Man kann Karl May, wenn man will, vieles vorwerfen. Aber daß er ausgerechnet „Nationalist“ gewesen sei — das ist so absurd wie die Existenz einer „Zeitung“, die sich zur Zeit noch als SED-Organ bezeichnen darf, ehe sie einmal — nach der Wiedervereinigung — in den Archiven verschwunden sein wird.

Karl Mays Old Shatterhand aber wird dann immer noch leben.

Lokomotive für Bierproduktion

Berlin (DPA). Bei der Ostberliner volkseigenen Schultheiss-Brauerei wird in den nächsten Monaten eine Eisenbahnlokomotive Dampf für die Biererzeugung spenden, damit die Bierproduktion nicht gerade in den Sommermonaten zurückgeht. Der Hochdruckkessel in dieser volkseigenen Brauerei ist ausgefallen und muß repariert werden. Daraufhin wurde eine Güterzuglokomotive zum Sudhaus der Brauerei in Ostberlin dirigiert,

Wer heiratet, hat mehr vom Leben

Das behaupten Statistiker — Eheleute werden älter

Schon in alten Zeiten priesen Ärzte die Ehe als ein gesundes heiliches Erfordernis und erklärten, daß sie ein längeres Leben garantiere. Den wissenschaftlichen Beweis für diese Behauptung lieferte jetzt der Verband der amerikanischen Versicherungsgesellschaften, dessen Statistiker nämlich in mehrjähriger Arbeit errechneten, daß die Todesrate der Verheirateten um mehr als 20 Prozent niedriger ist als die der Unverheirateten — und zwar bei Männern wie bei Frauen.

So ergab eine Untersuchung der Todesursachen bei Verheirateten und Ledigen, daß eine ganze Reihe gefährlicher Krankheiten in weit höherem Maße Junggesellen und Jungesellinnen befallen als Eheleute. Dazu gehören in erster Linie Grippe, Lungentzündung, Tuberkulose, Blutarmut, Schlaganfälle, Herzschwächen, Blinddarmentzündung und Diabetes. Die Zahl der Ledigen, die an den Folgen des Alkoholismus sterben, ist fast um das Vierfache höher als die der Verheirateten. Daß im Verhältnis viel mehr unverheiratete Menschen einer Lungentzündung oder Erkältungskrankheit zum Opfer fallen, liegt angeblich daran, daß Ledige in der Regel kein gemütliches Heim ihr eigen nennen können und jede rechtzeitige Pflege vermissen.

Magenkranke Jungesellen

Es hat sich zudem herausgestellt, so behaupten die amerikanischen Wissenschaftler, daß Jungesellen vor allem häufig an Magenkrankheiten leiden. Begründet wird diese Erscheinung mit unregelmäßiger, unzureichender, unzweckmäßiger und unpünktlicher Ernährung. Die Jungesellen essen zu schnell, sie haben keine Muße und keine Erholung, weil ihnen der eigene Herd fehlt.

Übrigens sollen auch Unfälle viel häufiger Unverheirateten zustoßen als Eheleuten. Da es hierfür keine medizinische Erklärung gibt, vermutet man, daß es sich um seelische Ursachen handelt.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

Elektronen-Wetterfrosch

Frankfurt (DPA). Elektronengehirne werden uns in Zukunft das Wetter prophezeien. Sie können nach Ansicht der Fachleute zuverlässige Voraussagen für drei Tage geben, während die bisherigen Prognosen meist nur für 36 Stunden gelten.

An erster Stelle „Die Ratten“

Wie sich das Publikum bei den Filmfestspielen entschied

Berlin (Eigenbericht). Mit der Vorführung des englischen Zeichenfilms „Der Hofstaat der Tiere“ wurden die Berliner Filmfestspiele 1955 abgeschlossen. Senator Prof. Tiburtius gab der Hoffnung Ausdruck, daß die von manchen Filmen aufgeworfenen Probleme anregend auf die Entwicklung der Filmkunst wirken mögen.

Die folgenden Filme erhielten bei der Publikumsabstimmung während der Festspiele die meisten positiven Stimmen:

Spielfilme: 1. „Die Ratten“ (Deutschland); 2. „Das große Geheimnis des Marcelino“ (Spanien); 3. „Carmen Jones“ (USA); 4. „Brot, Liebe, Eifersucht“ (Italien); 5. „Drei Männer im Schnee“ (Österreich); 6. „Hiroshima“ (Japan); 7. „Das geteilte Herz“ (Großbritannien); 8. „Die jungen Liebenden“ (Großbritannien); 9. „Papa, Mama, Katrin und ich“ (Frankreich); 10. „Hofstaat der Tiere“ (Großbritannien).

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Das 3. Todesopfer

München (AP). Im Krankenhaus München-Nord erlag am Montagmorgen der in Odessa geborene 33jährige Münchener Verleger Sergius Jürgens seinen schweren Verletzungen, die er bei der Explosion des Sprengstoff-Paketes im Münchener Postamt erlitten hatte.

Bei dieser Explosion waren am vergangenen Dienstag der ehemalige slowakische Minister Matus Cernak und eine Münchenerin getötet und mehrere Personen schwer verletzt worden.

Jürgens, der durch Splitter schwer am Kopf verletzt wurde, schwebte sechs Tage lang zwischen Leben und Tod und war seit der Explosion nur für wenige Minuten bei Bewußtsein.

Dokumentarfilme: 1. „Wunder der Prärie“ (USA); 2. „Der verlorene Kontinent“ (Italien); 3. „Im Schatten des Karakorum“ (Deutschland).

Kurze Kulturfilme: 1. „Zimmerleute des Waldes“ (Deutschland); 2. „Siam, Land und Leute“ (USA); 3. „Pantomimen von Marcel Marceau“ (Frankreich).

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.